



# Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten **Oktober 2015**



## Charité: Im Kampf um mehr Personal

*Zwischenbilanz eines Streiks*

Seit Juli 2013 stehen ver.di und die Betriebsräte an der Charité im Kampf um mehr Personal. Die Kernforderung war und ist eine verbindliche Personalbemessung. Die gesellschaftliche Bedeutung dieser Forderung liegt darin, dass dies der erklärten profitorientierten Ausrichtung unseres Gesundheitswesens direkt entgegensteht. Dies hat eine beispielgebende Bedeutung über das Uni-Klinikum und den Gesundheitsbereich hinaus.

Mit der nach zweiwöchigem Erzwingungsstreik erreichten Eckpunktvereinbarung hat ver.di Neuland betreten. „Das ist für uns ein strategischer Erfolg, der wichtige Impulse gibt, sowohl für die Auseinandersetzung um gesetzliche Personalbemessungsvorgaben als auch für Initiativen

auf betrieblicher Ebene.“ lobte Frank Bsirske die Aktivisten auf dem ver.di-Bundeskongress in Leipzig. Carsten Becker dankte den Delegierten im Namen der ver.di-Betriebsgruppe an der Charité für „die großartige Unterstützung, die überwältigende, anrührende und Mut machende Solidarität“, die die Streikenden aus ganz ver.di erreicht hatte. Er berichtete, dass seit März 495 Beschäftigte an der Charité ver.di beigetreten seien. „Mehr von uns ist besser für alle“, sagte er. „Das gilt nicht nur für die Zahl der Beschäftigten, sondern auch für die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb.“

Es hat sich ausgezahlt, dass Betriebsrat, ver.di und das Bündnis „BerlinerInnen für mehr Personal im Krankenhaus“ an einem Strang gezogen haben. Es ist so gar gelungen,

➔ Fortsetzung auf Seite 2



### Jetzt Krankenhauspetition unterschreiben!

*Bundestagspetition geht in den Endspurt*

Bis zum 12. Oktober kann die Petition von ver.di für mehr Personal im Krankenhaus und eine gesetzliche Personalregelung noch online mitgezeichnet werden. In Betrieben und an Infoständen sind die ver.di-Aktiven bündelnd dabei, Unterschriften für die Petition zu sammeln oder haben per E-Mail Freunde und Bekannte aufgefordert, die Petition mitzuzeichnen. Der Nachdienstcheck von ver.di hatte noch mal drastisch die Unterversorgung mit Personal deutlich gemacht. Das hat auch Politik nicht unbeeindruckt gelassen und laut Presseberichten zu einer Verbesserung der Pflegeförderung im Gesetzesentwurf geführt. Aber die angedachten Gelder und Maßnahmen sind nicht ausreichend. Findet die Petition mehr als 50.000 Unterstützer, gibt es eine öffentliche Anhörung im Bundestag.

➔ **Petition mitzeichnen:**  
[https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2015/\\_08/\\_21/Petition\\_60583.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2015/_08/_21/Petition_60583.html)



## Wer das Geld hat ...

### Facharztausbildung für Ärzte aus Saudi-Arabien

Die Berliner Charité wird die Facharztausbildung für Ärzte aus Saudi-Arabien übernehmen. Das Bildungsministerium des absolutistischen, strenggläubigen Königreiches – in dem Parteien, Opposition, Streiks von Gewerkschaften vom König offiziell verboten sind und wo man für Diebstahl schon mal die Hand amputiert bekommt – und die Universitätsklinik haben einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Laut Vereinbarung werden pro Jahr 10 bis 15 von Saudi-Arabien bezahlte Stipendiaten nach Berlin kommen.

Dass ausländische Mediziner in Deutschland eine Weiterbildung zum Facharzt durchlaufen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Aber es ist problematisch, wenn sich ein reicher Staat wie Saudi-Arabien die Weiterbildungsstellen in Deutschland einfach kaufen kann, andere ärmere Interessenten ohne „Stipendium“ aber auf der Strecke bleiben.

Daran ändert auch nichts die Aussage der Charité, dass die Stipendiaten aus Riad keine Planstellen einnehmen. Sie würden zusätzlich aufgenommen.

Zudem ist zu befürchten, dass bei steigender Zahl der Ärzte in Weiterbildung die Qualität der 5–6 jährigen Facharztausbildung leidet. Schließlich müssen die Mediziner betreut werden und eine bestimmte Anzahl Operationen vorweisen – und die Personalnot an der Charité ist bekannt.

---

**In den Auseinandersetzungen geht es nicht nur um mehr Personal und Tarifverträge, sondern auch darum, dass Gesundheit keine Ware ist, die über Marktmechanismen zu regeln ist.**

---

» Fortsetzung von Seite 1  
Unterstützung seitens der ärztlichen Landesorganisationen zu bekommen.

Trotzdem ist allen Beteiligten klar, dass es noch viel Kraft kosten wird, die Eckpunktevereinbarung in einen Tarifvertrag umzusetzen. Die Charité-Leitung mauert immer noch. Diese offenkundige Verzögerungstaktik in den Tarifverhandlungen durch die Charité-Geschäftsführung lässt erwarten, dass weitere Kämpfe, Streiks, notwendig sein werden. Ebenso ist es eine erfreuliche Auswirkung, dass die Vivantes-Beschäftigten jetzt eine Kampagne gemeinsam mit ver.di starten für:

- mehr Personal
- die Auflösung der Tochtergesellschaften und die Übernahme aller Kolleginnen und Kollegen in den Mutterkonzern
- den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) für alle Kolleginnen und Kollegen des Unternehmens

Jetzt kommt es darauf an, dass Niveau der Kampfbereitschaft der Belegschaften bei der Charité und bei Vivantes sowie die Unterstützungsbereitschaft im Bündnis und der gesamten Öffentlichkeit zu halten, zu verbreitern und zu vertiefen.

Dies erfordert, dass ver.di, Betriebsrat und Bündnis weiterhin die Öffentlichkeit aktiv informieren und einbeziehen.

### **Gesundheit ist keine Ware**

In den Auseinandersetzungen geht es nicht nur um mehr Personal und Tarifverträge, sondern auch darum, dass Gesundheit keine Ware ist, die über Marktmechanismen zu regeln ist. Dies bedeutet für uns als Deutsche Kommunistische Partei (DKP) auch:

- die DRGs (Fallpauschalen) als Instrument der Profitsteuerung des Gesundheitswesens abzuschaffen,
- die Privatisierung der Krankenhäuser rückgängig zu machen, sie wieder in öffentliche Hand zu überführen,
- die Pharma- und Medizingeräteindustrie demokratisch zu kontrollieren



## Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

**Tel.:** 030.29783132  
**Büroöffnungszeiten:**  
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr  
**Mail:** info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



## Zwist im DGB?

*Diskussion über Tarifeinheitsgesetz und mehr auf dem Sommerfest der DKP Berlin*

➤ Anfang September führte die Berliner Landesorganisation der DKP ihr diesjähriges Sommerfest in Pankow durch. Trotz Regenschauer nutzten viele Berliner unter dem Motto „Sommer, Sonne, Sozialismus“ das bunte Treiben aus Kultur, Information und Diskussion.

KommunistInnen sind in der Lage zu feiern, davon konnten sich alle überzeugen. Neben dem meist musikalischen Bühnenprogramm wurden im Veranstaltungszelt auf dem Fest eine politische Diskussionsrunde über die Debatten in den Gewerkschaften geführt. Der DKP-Landesvorsitzende und Betriebsrat in der Eisenbahnergewerkschaft EVG, Rainer Perschewski, und der Berliner ver.di-Sekretär bzw. DJU – Geschäftsführer, Andreas Köhn, informierten über die in den DGB Gewerkschaften geführten Diskussionen. Schwerpunkt waren das kürzlich vom Bundestag und Bundesrat verabschiedete Tarifeinheitsgesetz und das Kooperationsabkommen von vier DGB Gewerkschaften (IGM, IG BCE, IG BAU und EVG).

### **Tarifeinheitsgesetz spaltet**

Beide Redner stellten übereinstimmend fest, dass es noch nie so deutlich war, dass es zwischen den Mitgliedergewerkschaften des DGB unterschiedliche Auffassungen gibt, wie auf aktuelle Problemlagen zu reagieren sei. Das Tarifeinheitsgesetz wird bspw. von den Gewerkschaften ver.di, GEW und NGG abgelehnt. ver.di

hat angekündigt, gegen das Gesetz vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, da es einen Eingriff in das Streikrecht darstellt. Die Positionierung von ver.di ist von immenser Bedeutung, da gerade die von ver.di organisierten Beschäftigten in den Branchen tätig sind, in denen die Dienstleistungsgewerkschaft mit den so genannten Berufsgewerkschaften in Konkurrenz steht. Gleichzeitig gibt es Differenzen unter den DGB-Gewerkschaften über deren Zuständigkeiten oder die richtige Tarifpolitik. Deutlich wurde dies in der Pressekonferenz der o.g. vier Gewerkschaften bei der Präsentation ihres gemeinsamen Abkommens. ver.di enthält sich hier der Kommentierung, aber die Inhalte machen deutlich, dass nicht nur Tarifpolitik anders definiert werden soll, sondern auch die Zielstellungen der Wirtschaftspolitik stärker an einer vermeintlichen Standorticherungspolitik ausgerichtet werden sollen. Mit diesem Herangehen werden nicht nur viele Flächentarifverträge bedroht, sondern auch Lohn- und Sozialstandards.

### **Rolle des DGB stärken**

Einig waren sich die beiden Gewerkschafter, dass es jetzt darum geht, den DGB nicht zu schwächen, sondern ihn in die Rolle des Moderators dieser Debatte zu versetzen. Bei allen Problemen die sich derzeit auftun, ist und bleibt es eine Errungenschaft der deutschen Gewerkschaftsbewegung, dass es einheitliche Gewerkschaftsorganisation gibt.



## Willkommenskultur sieht anders aus

*Menschenunwürdige Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Berlin*

Obwohl das Land Berlin bereits zu Jahresbeginn die Ankunft von 15.000 Flüchtlingen „geplant“ hat, wurden offensichtlich keine Vorbereitungen getroffen. Kein Wasser, keine Nahrungsmittel und vor allem keinen Schlafplatz. Hunderte Flüchtlinge campierten tagelang – zum Teil nur auf Pappkartons – vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in Moabit, der ersten Anlaufstelle für Flüchtlinge in Berlin. Sie warten hier in Schlangen, um einen Termin für einen Abfertigungsschein zu erhalten, der ihnen nach erneutem Anstehen einen Unterbringungsplatz für eine Übernachtung zuweist. Aufgefangen wurde diese Situation durch zahlreiche Freiwillige die die Versorgung der Menschen organisierten. Völlig überfordert und hoffnungslos unterbesetzt sind die Beschäftigten im LaGeSo. Dem Berliner Senat fällt zum wiederholten Male seine jahrelangen Personalkürzungen auf die Füße. Inzwischen stellen sich selbst SPD-Politiker hin und kritisieren die Zustände. Der Bezirksbürgermeister von Mitte, Christian Hanke, warf dem Senat vor, die Situation schön zu reden, und warnte davor, dass die Situation durchaus explosiv sei. Die Anwohner hingegen organisieren sich in der Initiative „Moabit hilft“.



## TTIP stoppen!

Auf zur Großdemo  
gegen TTIP

Die Verhandlungen den USA und der EU über ein Freihandelsabkommen (TTIP) gehen weiter. TTIP und Ceta bedeuten die Unterwerfung ganzer Staaten unter die Kapitalinteressen großer Konzerne. Demokratie und bürgerlicher Rechtsstaat, in langen Kämpfen errungene Arbeits- und Menschenrechte sowie die Erhaltung der Umwelt bleiben auf der Strecke.

Daseinsvorsorge wird weiter abgebaut, Krankenhäuser dürfen nicht mehr rekommuniziert werden, Arbeitsschutz wird aufgeweicht. Investoren können Staaten vor privaten Schiedsstellen verklagen, wenn ihre Gewinnerwartungen – z.B. wegen steigender Löhne – nicht erfüllt werden. Die Liste der Grausamkeiten für Beschäftigte und Bürger ließe sich fortsetzen.

**Dagegen muss der gemeinsame Widerstand verstärkt werden!**

### Großdemo gegen TTiP

Sa, 10. Oktober 2015 | 12.00 Uhr  
Berlin, Hauptbahnhof



### Kontakt & Impressum:

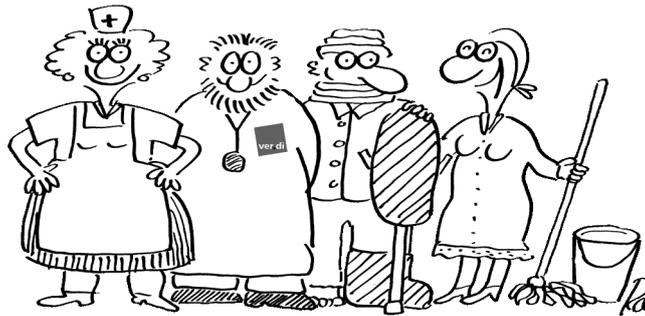
Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

**Tel.:** 030.29783132

**Mail:** info@dgp-berlin.info

**Web:** www.dgp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



## ZusammenStehen

ver.di-Kampagne gegen schlechte  
Arbeitsbedingungen bei Vivantes

❖ Es steht nicht gut um die Beschäftigten des Vivantes-Konzerns, obwohl der größte kommunale Klinikkonzern in Deutschland mit knapp 15.000 Mitarbeitern im vergangenen Jahr einen Überschuss von knapp acht Millionen Euro erzielte.

Aus Sorge um die Entwicklung der Arbeitsbedingungen haben sich nun aktive ver.di-Mitglieder aus den verschiedenen Häusern und Tochtergesellschaften und aus dem Betriebsrat zu einem Kampagnenrat zusammengeschlossen, um die Kampagne „ZusammenStehen“ zu starten. Gründe dafür gibt es zur Genüge:

- Inzwischen gibt es 14 Tochtergesellschaften mit mehreren tausend Beschäftigten! Tariffucht und prekäre Löhne sind die Folge.

- Die Missstände in den Kliniken verschärfen sich, indem die Geschäftsführung Fachkräfte durch Hilfskräfte ersetzt und notwendige Maßnahmen verschleppt. Alle Bereiche sind betroffen, überall ist Personal in unerträglichem Maße gestrichen worden: Allein in den letzten Jahren über 3000 Stellen.

Am 6. August hatten die Altenpflegerinnen der Vivantes-Tochter Forum für Senioren (FFS) einen letzten Versuch unternommen, mit der übrigen Belegschaft des Unternehmens ihr Ziel eines Tarifvertrages durchzusetzen. Darauf gingen kaum Beschäftigte ein und auch die Beteiligung der Auszubildenden selbst am Arbeitskampf ließ nach. Im Gegensatz zu den übrigen Auszubildenden des

Konzerns werden die Altenpflegerinnen auch weiterhin nicht den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) bekommen. Der FFS-Geschäftsführer René Hermann hatte bereits im Herbst 2014 erklärt, er sehe keine Notwendigkeit für einen Tarifvertrag. Die Ausbildung in der Altenpflege sei »attraktiv genug«.

### Die Forderungen der Kampagne

Dementsprechend sind die Kernforderungen der Kampagne:

- **Mehr Personal!**
- **Auflösung aller Tochtergesellschaften und die Übernahme der KollegInnen in den Mutterkonzern!**
- **TVöD für alle!**

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft werden einen langen Atem und die Solidarität auch der Beschäftigten der Charite brauchen, um dem Konzern gute Arbeitsbedingungen abzutrotzen. Denn es ist davon auszugehen, dass hier der Widerstand der Geschäftsleitung groß sein wird. Die hat nur eines im Fokus: Die Zahlen, sprich der Überschuss, müssen stimmen. Die Beschäftigten zählen dabei nicht. Dass die Aktiven des Konzerns gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft hier ansetzen, um das zu ändern, verdient alle Unterstützung. Denn der Kampf darum, dass Gesundheit keine Ware ist und es gute Arbeitsbedingungen bedarf, um eine gute Krankenversorgung abzusichern, geht uns alle an.

### Weitere Infos:

<https://gesundheit-soziales-bb.verdi.de/themen/nachrichten>